



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 22.10.2020

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 29. Oktober 2020, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Großer Festsaal, 1. Stock, Schlossplatz 6, Wiesbaden

Aus Gründen der Rücksichtnahme wird darum gebeten, während der gesamten Sitzung
einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03.09.2020

Bereich Schule

2. Sachstand Covid 19 Bereich Schule
3. **20-F-20-0020**

Vorgezogenes Anmeldeverfahren für alle Integrierten Gesamtschulen
-Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 20.10.2020-

Im September dieses Jahres hat das staatliche Schulamt bekannt gegeben, dass das so ge-
nannte vorgezogene Anmeldeverfahren für die Helene-Lange-Schule ab 2021 nicht mehr gelten
wird. Dieses Verfahren sah vor, dass Eltern ihre Kinder an dieser Schule anmelden konnten und
bei Nichtberücksichtigung (die Schule hat 100 Plätze bei 255 Interessenten für das Schuljahr

2020/21) noch einmal ins „normale“ Anmeldeverfahren gehen konnten. Diese vor-gezogene Anmeldung war Teil des Profils als Versuchsschule.

Grundsätzlich wird von Seiten der Schulleitungen aller Wiesbadener IGS'en schon seit einiger Zeit das vorgezogene Aufnahmeverfahren für alle Integrierten Gesamtschulen gefordert. Dies bietet in der Tat nur Vorteile, erlaubt es doch bei Ablehnung von einer bestimmten Schule den Eltern sich für ihre Kinder danach noch einmal im gegliederten Schulsystem um einen Platz zu bemühen.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in Gesprächen mit dem staatlichen Schulamt und hessischen Kultusministerium darauf hinzuwirken, dass das bisher für die Helene-Lange-Schule geltende vorgezogene Anmeldeverfahren ab dem Schuljahr 2021/22 für alle Integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden eingeführt wird.

4. 20-F-08-0065

Mensabetrieb an (ganztätig arbeitenden) Schulen unter „Corona-Bedingungen“ - sichern und ausbauen

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion vom 21.10.2020-

In den letzten Jahrzehnten wurde das ganztägige Arbeiten an Schulen systematisch ausgeweitet. Dazu gehört auch das Angebot eines gesunden warmen Mittagessens. Die verordneten Hygienebedingungen erschweren die Umsetzung dieses notwendigen Angebots. Nicht zuletzt das Ziel von möglichst gleichen Bildungschancen erfordert aber die Sicherung und den Ausbau des ganztägigen Arbeitens an den Schulen und dabei auch die Möglichkeit der Einnahme einer warmen Mittagsmahlzeit in der Schule für alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer, die dies wünschen bzw. für die dies die Organisation des Schulbetriebs erforderlich macht.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten, wie sich der Mensabetrieb an den Schulen seit Jahresbeginn 2020 entwickelt hat und welche Maßnahmen zur Sicherung und zum weiteren Ausbau bis Ende des nächsten Haushaltsjahrs 2021 vorgesehen sind. Von besonderem Interesse ist dabei, wie die Teilhabe im Sinne der gewünschten Bildungsgerechtigkeit geregelt wird bzw. künftig geregelt werden soll.

Insbesondere möge berichtet werden,

- ob und wenn ja, an welchen Schulen der Mensabetrieb noch nicht wieder aufgenommen worden ist,
- ob es „Ersatzleistungen“ wie „Lunchpakete“ gibt,
- wie viele Schüler*innen aus dem Programm „Bildung und Teilhabe“ seit Jahresbeginn davon wie lange betroffen waren bzw. ggfs. jetzt noch sind, dass sie nicht wie gewünscht an einem Mittagessen teilnehmen konnten bzw. können,
- ob im Falle der Ausgabe von „Lunchpaketen“ sichergestellt ist, dass das Angebot für Teilnehmende des Programms „Bildung und Teilhabe“ genutzt werden kann oder ob es dabei Probleme gibt,
- wie bei künftigen Schulschließungen bzw. eingeschränktem Präsenzunterricht hinsichtlich der Teilnahme am Programm „Bildung und Teilhabe“ mit der Ausgabe von Mittagessen verfahren werden soll.

5. 20-F-08-0064

Schutz vor Corona-Infektionen in Schulen - Verwendung von Luftfiltern
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 21.10.2020-

Der aktuelle Hygieneplan des Kultusministeriums (Stand 28. September 2020) ordnet als Hygienemaßnahmen in Schulen u.a. für Unterrichtsräume an: „Alle 20 Minuten ist eine Stoßlüftung bzw. Querlüftung durch vollständig geöffnete Fenster über die Dauer von 3 bis 5 Minuten vorzusehen.“

Diese Maßnahme stößt auf erhebliche Kritik bei den Betroffenen, auch wenn nicht in Frage gestellt wird, dass einer möglichen Gefährdung in Unterrichtsräumen durch Viren belastete Aerosole mit effektiven Maßnahmen entgegengewirkt werden muss. Es wird sowohl das Risiko der Zunahme von Erkältungskrankheiten gesehen als auch moniert, dass die unterrichtliche Kommunikation ständig im „20-Minuten-Takt“ für die Zeit der Lüftung bis zu jeweils 5 Minuten unterbrochen werden muss.

Zudem entstehen bei einer solchen Maßnahme durch das Entweichen der warmen Raumluft bei Abnahme der Außentemperatur zusätzliche Heizkosten.

Außerdem ist festzustellen, dass - insbesondere bei uneingeschränktem Präsenzunterricht - Unterricht in Räumen stattfinden muss, bei denen eine Stoß- bzw. Querlüftung aus technischen Gründen überhaupt nicht möglich ist bzw. die sanierungsbedürftigen Fenster dies nicht zulassen.

Einer Berichterstattung der „Hessenschau“ am 15. Oktober 2020 war zu entnehmen, dass von Forschern der Goethe-Universität Frankfurt/Main an der Leibnizschule in Wiesbaden ein Versuch mit Raumluftfiltern durchgeführt wurde. Der leitende Professor Joachim Curtius wird zum Ergebnis des Versuchs wie folgt zitiert „Es zeigte sich, dass es möglich ist, die allgemeine Aerosol-Belastung innerhalb einer halben Stunde um mehr als 90 Prozent zu senken.“

Es wurde von Seiten von Elternvertretungen aktuell mitgeteilt, dass das Hessische Kultusministerium 10 Millionen € für die Anschaffung von Luftfilteranlagen bereitgestellt habe.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge - auch über die Gremien des Hessischen Städtetags - dem Hessischen Kultusministerium den Vorschlag unterbreiten, den verordneten Hygieneplan dahingehend zu verändern, dass durch den Einsatz von Luftfiltern eine Lüftung im 20-Minuten-Takt allgemein vermieden wird.

Für alle Unterrichtsräume und umgehend für solche, bei denen eine Lüftung schon aus technischen oder anderen Gründen nicht möglich ist, sollen Luftfilter angeschafft werden und mit sachkundiger Unterweisung der Handhabung auch möglichst umgehend zum Einsatz kommen. Sollte die Übernahme der Kosten durch das Land nicht zeitnah geklärt werden können, sind die dafür notwendigen finanziellen Mittel aus dem städtischen Haushalt außerplanmäßig bzw. aus dem „Corona-Pauschaltitel“ zur Verfügung zu stellen.

Dem Ausschuss ist umgehend über die Umsetzung des Beschlusses schriftlich zu berichten.

Bereich Kultur

6. Sachstand Covid 19 Bereich Kultur

7. 20-F-05-0057

Digitalisierung des Stadtarchivs

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 21.10.2020-

Seit dem 15. Oktober ist es möglich, die Bestände des Stadtarchivs mittels der Suchmaschine „Faust“ online zu durchsuchen und Akten bereits im Voraus in den Lesesaal zu bestellen. Diese Neuerung schafft einen enormen Komfortgewinn für die NutzerInnen und entlastet die MitarbeiterInnen. Mittel- bis langfristig bedarf es jedoch eines weiteren Innovationssprungs: Die Bestände des Stadtarchivs sollen konsequent digitalisiert und auch online zugänglich gemacht werden. Eine solches Vorgehen bietet viele Vorteile: Die Akten würden so auch im Falle einer Katastrophe für die Nachwelt gesichert, externe WissenschaftlerInnen könnten einfacher und ohne physische Anwesenheit auf die Bestände zugreifen und die Nutzung des Archivbestandes durch SchülerInnen, LehrerInnen und die breite Öffentlichkeit würde attraktiver gemacht.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten,

eine Roadmap (inkl. Zeitplan und Kostenschätzung) zur Digitalisierung der Bestände des Stadtarchivs vorzulegen. Das Ziel soll die mittel- bis langfristige Digitalisierung des gesamten Bestandes des Stadtarchivs sowie die digitale Zurverfügungstellung und Durchsuchbarkeit der Inhalte sein.

8. Bericht des Amts für Statistik und Stadtforschung zur Stadtanalyse "Die Caligari FilmBühne in der Publikumswertung 2020"

ANLAGE nur für Ausschussmitglieder

Hinweis: Die Präsentation wird aufgrund der aktuellen Situation nur schriftlich bzw. digital zur Verfügung gestellt. Bei Rückfragen reichen Sie diese bitte bei Amt 16 ein, sie werden vom Fachbereich -soweit möglich- bis zur Sitzung beantwortet.

Bereich Städtepartnerschaften

9. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. 20-V-51-0038 DL 36/20-4

Umwandlung BGS in Schulsozialarbeit an Grundschulen

2. 20-V-03-0022 DL 38/20-4

Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus" - Einreichung Projektskizze Walhalla

3. 20-V-41-0012

DL 37/20-4

Kunsthhaus Wiesbaden; Bericht zur laufenden Sanierung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch
Vorsitzende